

FERENC GLATZ

REFORM UND SYSTEMWECHSEL IN UNGARN 1989 BIS 1993

Wenn die moderne Historiographie die Geschichte der Gemeinschaft eines Staates oder einer Gesellschaft zu rekonstruieren wünscht, konzentriert sie sich gegenwärtig in geringerem Maße auf Gesetzgebungen und Regierungsbeschlüsse, als zum Beispiel noch vor einigen Jahrzehnten. Man ist viel mehr darum bemüht, jene massenpsychologischen Faktoren zu erfassen, aufgrund welcher die Massen — oder auch nur kleinere Gruppierungen — beginnen, „anders“ zu denken. Und die Erfassung dieser Wendepunkte bringt man auch nicht mit einem bedeutenderen Ereignis des staatlichen Lebens in Verbindung, sondern man ist auf der Suche nach Veränderungen im alltäglichen Leben, nach Spuren im Alltagsdenken. Eine spontane Rundfunkreportage, eine Anmerkung, können mehr über eine zu erwartende politische Wende verraten bzw. können besser auf die Gründe eines Wandels hinweisen, als das feierliche Erklärungen bzw. Umfragen der Statistiker oder Staatswissenschaftler zu tun vermögen.

Als ich begann, den vorliegenden Beitrag zu schreiben, bedeutete es für mich das größte Problem, den Widerspruch im Alltagsleben zu erklären: Ungarn ist heute noch immer eines der stabilsten unter den einstigen sozialistischen Ländern — und doch bemächtigte sich eine offensichtliche Enttäuschung bzw. Passivität der Bevölkerung, egal ob es sich um ehemalige oder jetzige Sympathisanten der Regierung oder Anhänger der Opposition handelt. Zur Bestätigung könnte ich Pressezitate und statistische Angaben darüber benutzen, wie katastrophal gering das Interesse für die Beteiligung an Zwischenwahlen war. Am besten aber wird die ganze Situation im Alltagsdenken wahrscheinlich mit einem in Kreisen der Jugend aktuellen, uralten Witz charakterisiert:

7. November 1987 — Roter Platz — 70. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Während die Parade stattfindet, fragt man Ivan Ivanovič, den letzten noch lebenden großen Kämpfer der Revolution, wie er jene dazumal erlebt habe. Ivan Ivanovič ist bereits ein wenig taub, formt seine Hand zum Trichter, hält sie ans Ohr und erkundigt sich, wovon die Rede sei. Die Revolution, Ivan Ivanovič, von unserer Revolution ist die Rede — sagt der Reporter. Ach so, unsere Revolution, ruft der alte Kämpfer aus, sag mein Sohn, ist daraus etwas geworden?

Ein aktualisierter Witz im Ungarn von 1992/93! Woran liegt es wohl, daß in diesem Lande, in dem der Übergang vom totalitären politischen System in den Pluralismus am reibungslosesten verlief, heute trotzdem eine gewisse Enttäuschung oder zumindest politische Apathie vorherrscht?

In meinem Beitrag will ich Antworten auf diese Fragestellungen suchen. Acht Themenkreise bzw. Fragestellungen habe ich aus den zahlreichen in der Geschichte der letzten Jahre herausgegriffen.

1. Ungarns Vorteil beim Systemwandel auf dem Weg zum Pluralismus;
2. Friedlicher Systemwechsel in der Politik;
3. Das Schicksal der Wegbereiter des Systemwechsels nach 1990;
4. Die neuen politischen Parteien;
5. Von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft;
6. Gesellschaftliche Auswirkungen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten;
7. Hilfe aus dem Westen;
8. Über die Nostalgie nach dem alten System.

Es gibt aber keine endgültigen Antworten, sondern es sind eher neue Fragen zu formulieren.

ERSTER THEMENKREIS:

UNGARNS VORTEIL BEIM SYSTEMWANDEL AUF DEM WEG ZUM PLURALISMUS

Im Vergleich zu anderen ehemals sozialistischen Ländern verfügte Ungarn 1989 auf dem Gebiet des Abbaus des Sowjetsystems über einen riesigen Vorsprung. Die Besonderheiten des ungarischen sozialistischen Regimes wurden oft erwähnt; dennoch sollen sie nochmals kurz zusammengefaßt werden.

1. Relative innenpolitische Selbständigkeit

Ungarn hatte nach 1961 innerhalb des Sowjetlagers eine gewisse innenpolitische Selbständigkeit errungen. Dies hatte zum Teil mit der taktischen Klugheit der ungarischen Führung zu tun, zum Teil mit einem gewissen „Rückenwind“ der Revolution von 1956, der sich trotz ihres Scheiterns bemerkbar machte. Diese größere innenpolitische Selbständigkeit wurde nach der Ablösung Chruščovs selbst von der Brežnev-Doktrin toleriert. Konkret wirkte sich dies so aus, daß in Ungarn einige politische Grundthesen des Sowjetsystems korrigiert und statt derer in den siebziger Jahren manche Züge des westeuropäischen sozial-liberalen Institutionensystems eingeführt werden konnten. Gleichzeitig ging in Ungarn allmählich jene Eigenheit des Sowjetsystems zurück, sich vom westlichen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen System vollständig abzukapseln. (In den achtziger Jahren erfolgte in Ungarn eine gewisse Lockerung mit Reiseerleichterungen, der Niederlassung erster westlicher Unternehmen in der

sogenannten sozialistischen Marktwirtschaft und mit der Öffnung für westliche kulturelle Strömungen, nicht zuletzt durch eine Überwindung des „Eisernen Vorhangs“ mittels moderner Telekommunikation.) Gleichzeitig betonte Ungarn aber — als Ausgleich für die innenpolitische Unabhängigkeit — sowohl auf diplomatischem als auch auf militärischem Gebiet seine Sowjettreue entschiedener, als das ebenfalls als Reformland geltende Polen oder gar das bis zuletzt stalinistisch regierte, aber im Westen als unabhängiger Staat behandelte Rumänien.

2. Vielfalt der Besitzverhältnisse

Ungarn führte im Rahmen seiner relativen innenpolitischen Selbständigkeit ab 1961 eine beachtliche Vielfalt der Besitzverhältnisse ein und setzte sich damit deutlich von seinen osteuropäischen Nachbarn ab. Dem Privateigentum wurden in der Landwirtschaft Zugeständnisse eingeräumt, und auf verschiedene Art und Weise regte man im industriellen Sektor die Entwicklung einer Unternehmerschicht der kleinen Handwerker an. Dadurch bildete sich bis in die achtziger Jahre eine neue Mittelschicht heraus, die von der politischen und wirtschaftlichen Nomenklatur unabhängig war.

3. An der Macht Beteiligte

Unseres Erachtens vereinfacht die westliche politische Literatur die Machtkämpfe in Ungarn, wenn die Sphäre der Macht einfach in Doktrin- und Reformkommunisten unterschieden wird. Die Bezeichnung *Reformkommunisten* trifft unserer Meinung nach auf jene Kommunisten zu, die in den fünfziger Jahren vom Stalinismus enttäuscht wurden, nach dem Tode Stalins das System von Ungesetzlichkeiten zu befreien wünschten und sich 1956 an die Peripherie des kommunistischen Systems wagten: an ein Mehrparteiensystem unter kommunistischer Führung. (Charakteristisch hierfür ist die Politik von Imre Nagy und seinen Anhängern.)

Nachdem in den sechziger Jahren die Partei ihren Namen ebenfalls auf „sozialistische“ geändert hatte, verstärkte sich innerhalb jener die Position der Sozialdemokraten aus der Zeit vor 1948, ebenso näherte sich die Partei dem Programm der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien (Sozialdemokraten und Kommunisten, 1948), welches noch vor der Einführung der Diktatur des Proletariats (1949) zustande kam. Auf dieser politischen Basis erstarkt jene Strömung, die im sozialistischen Lager einen demokratischen „Realsozialismus“ auszubauen wünscht und dabei selbst Grundprinzipien (d. h. kommunistische) der Diktatur des Proletariats ablehnt. Jene bezeichnen wir als *Reformsozialisten*, Imre Pozsgay, István Horváth, Gyula Horn usw. Außer den Reformkommunisten verschiedener Generationen (Berecz, Grósz) erscheinen nun neben den

Reformsozialisten auch die Jüngsten, die *Pragmatiker*, die erst 1989 an die Macht gelangen und von denen einige nach dem Herbst 1989 in keine Partei eintreten. Dazu gehören neben Miklós Németh, der Mitglied der Sozialistischen Partei ist, László Békesi, András Derzsi, Ferenc Glatz, Csaba Hütter, Kálmán Kulcsár, Ernő Kemenes, Péter Medgyessy usw., die Mitglieder der zweiten Németh-Regierung.

Von den sechziger Jahren an ließ das Kádár-System eine Gruppe „*parteiloser Bolschewiken*“ an der Macht teilhaben, denen in Bereichen staatlich-kultureller, interner und externer Sicherheit oft bedeutendere Positionen zukamen als Parteimitgliedern. So wird verständlich, daß in den achtziger Jahren innerhalb einer Partei zumindest vier bis fünf Gruppierungen existierten.

4. Tauziehen um die Macht

Die relative Selbständigkeit bedeutete aber nicht den eindeutigen Sieg der Reformpolitik innerhalb des Systems. Die auch mit den persönlichen Eigenschaften János Kádárs im Zusammenhang stehende vorsichtige Taktik gegenüber Moskau hatte zur Folge, daß innerhalb des Systems ein ständiges Tauziehen um die Macht vorherrschte, und zwar von Anfang an zwischen den *Doktrinärkommunisten*, die die „Diktatur des Proletariats“ retten wollten, auf der einen Seite, und den *Reformkommunisten* auf der anderen Seite, die den Abbau der Diktatur des Proletariats begonnen hatten. Der Machtkampf hatte eigentlich 1953 nach dem Tod Stalins angefangen und setzte sich bis zu den siebziger Jahren fort. Abseits der politischen Auseinandersetzungen konnte sich infolge der oben erwähnten Auflockerung des Sowjetsystems und der teilweisen Aufgabe der Isolation in den achtziger Jahren in der Verwaltung von Staat und vor allem von Wirtschaft und Fachbranchen eine junge Führungsschicht etablieren, die sich von den beiden Fronten im Kampf um die Macht abseits hielt und die sich die Gestaltung einer sogenannten *pragmatischen Politik* zum Ziel gesetzt hatte. Darunter war der Abschied von der führenden Rolle der Partei zu verstehen, die Befreiung der Wirtschaft vom Primat der Politik und die Öffnung für westliche Ideen auch unter sozialistischen Verhältnissen usw. Neben ihnen erschienen die *Reformsozialisten*, die im Kádárschen Parteiapparat aufgewachsen waren. So ist es zu verstehen, daß in den achtziger Jahren innerhalb der einen Partei wenigstens vier oder fünf Parteien existierten, die die Verbündeten im Kampf um die Macht oft nicht untereinander, sondern außerhalb der Partei suchten. Und so ist es auch zu verstehen, daß im ungarischen politischen Leben der siebziger und achtziger Jahre die sogenannten „*parteilosen Bolschewiki*“, einer der am meisten gebrauchten Begriffe, die Verbündeten gewesen waren.

Im Jahre 1988 und besonders im Mai 1989 waren dann an den Fronten der sich rapide beschleunigenden politischen Umwälzungen die beiden Gruppierun-

— die *Pragmatiker* einerseits und die *Reformsozialisten* andererseits — die führenden Kräfte. Nach der Spaltung der Partei im Oktober 1989 kam es somit auch zwischen diesen beiden Gruppierungen in Grundfragen des Abbaus des Sowjetsystems zur Konfrontation. Die Pragmatiker verkörperten die dynamischsten Kräfte der sogenannten zweiten Németh-Regierung, die sich ab Mai 1989 an der Macht befand. Sie traten mit einem idealisierten und sehr theoretischen Politikverständnis auf, wonach die Regierungstätigkeit in einer fachlich-organisatorischen und parteipolitisch möglichst neutralen Führung der Gesellschaft besteht. Der Einfluß der Parteien, sowohl der einen als auch der neu entstehenden, sollte also eng begrenzt bleiben.

5. Individuelle Freiheit

Die relative Selbständigkeit Ungarns brachte eine gewisse Auflockerung bei der Einschränkung individueller Freiheiten mit sich. Vor allem im Anschluß an Helsinki (1975) wurden die Freiheitsbeschränkungen politischen Charakters vollkommen beseitigt. Selbst die antiklerikale Hetze, die sich im Alltag am längsten erhalten hatte, wurde vollständig eingestellt.

ZWEITER THEMENKREIS: FRIEDLICHER SYSTEMWECHSEL IN DER POLITIK

Auf dem oben geschilderten Hintergrund ist es verständlich, daß der politische Wandel in Ungarn friedlicher vonstatten ging, als in den benachbarten ehemals sozialistischen Ländern. Der politische Systemwechsel begann ab 1988 und wurde von der herrschenden Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP) eingeleitet; dann forcierte die Regierung, die sich immer stärker radikalisierte und von der Partei distanzierte, den Wandel. 1989 wurde offiziell das Mehrparteiensystem eingeführt und ein ständiges Schlichtungsgremium, die „Dreiecksgespräche“, zwischen der Regierung und der Opposition gebildet. Auf Initiative der Regierung und mit Kenntnisnahme der Partei wurde ein neuer politischer Grundkonsens gegründet, der sich auf das Erbe des Geistes von 1956 berief. Diese Rückbesinnung war bis dahin ein absolutes Tabu gewesen. Ausdruck dieser Rückbesinnung war es auch, daß am 16. Juni 1989 Regierungskräfte gemeinsam mit der Opposition die Wiederbestattung der hingerichteten Führer der Revolution von 1956 begingen. Die Idee der Wiederbestattung kam von der liberalen Opposition, die Regierung nahm nicht nur daran teil, sondern stellte auch die Organisations- und Infrastruktur zur Verfügung und sicherte die friedliche Ordnung. Am 23. Oktober desselben Jahres, am Jahrestag der Revolution, wurde dann formell die ungarische Staatsform von einer Volksrepublik in eine Republik umgewandelt.

Aufgrund all dessen ist es verständlich, daß die kurz darauf folgenden demokratischen Verfassungsänderungen 1989 und 1990 sogar von diesem Parlament angenommen wurden, das noch nach dem alten Wahlsystem gewählt worden war. Zu den wichtigsten Beschlüssen gehörten eine Aufhebung des Tatbestandes politischer Straftaten, weiterhin Gesetze über politische Entschädigung, das Mehrparteiensystem, die Liberalisierung der Wirtschaft, die Beseitigung des Staatsmonopols und der staatlichen Aufsicht in Forschung und Lehre und überhaupt im geistigen Leben, die Trennung von Kirche und Staat, d. h. die Beseitigung der staatlichen Kontrolle der Kirche, und eine gesetzliche Regelung für den Vertrag über den Abzug der in Ungarn stationierten sowjetischen Truppen.

Die Mitwirkung der herrschenden ungarischen Partei und der alten politischen Elite an der Vorbereitung des Wandels in Ungarn war im ehemaligen sowjetischen Einflußbereich Osteuropas einmalig. Selbst in Polen mußte der Umbruch von unten erzwungen werden. In fast allen Fällen erfolgte der entscheidende Umschwung bei den Nachbarn erst, als die Sowjetunion ihre politische und vor allem militärische Vorherrschaft aufgeben hatte.

DRITTER THEMENKREIS:

DAS SCHICKSAL DER WEGBEREITER DES SYSTEMWECHSELS NACH 1990

Am 22. Mai 1990 tagte zum ersten Mal das nach dem neuen Mehrparteiensystem gewählte Parlament und bildete eine neue Regierungskoalition. Kennzeichnend für die alltäglichen politischen Auseinandersetzungen war in der Folge, daß sowohl die alten reformkommunistischen Kräfte, die sich jetzt in der liberalen Opposition befanden, als auch die neuen Regierungsparteien die demokratischen Veränderungen als eigenes Verdienst empfanden und auch so darstellten. Es fanden sich nur einige wenige nüchterne Stimmen in der neuen Führung bereit, im Wandel auch eine gewisse Kontinuität anzuerkennen.

Im Wirtschaftsleben führte die Entfesselung antikommunistischer Emotionen und sowjetfeindlicher Haltungen zu teilweise bedenklichen Entwicklungen. Den einst reformsozialistisch eingestellten ökonomischen Führungskräften wurde kaum die Möglichkeit einer Umwertung ihrer eigenen früheren Auffassungen gegeben. Selbst entschiedene Reformsozialisten, die ja eigentlich den Anstoß zum Abbau des Sowjetsystems gegeben hatten, wurden ebenso wie die derzeit parteipolitisch neutralen Pragmatiker beiseite geschoben und von neuen Kräften ersetzt. In den mittleren Führungsschichten des Landes kann diese Entwicklung zu Kompetenzkrisen führen. Vielerorts treten in den Selbstverwaltungen und Betrieben zumindest vorübergehende Störungen auf. Gleichzeitig treten die jeden politischen Systemwechsel begleitenden „Wachablöser“ lautstark in Erscheinung. Verbunden ist all dies im politischen und wirtschaftli-

chen Alltag mit einer außerordentlich hitzig geführten Debatte, deren Hauptfrage ungefähr so lautet: „Wessen Verdienst ist die Gestaltung der neuen demokratischen Ordnung?“ Soll sie jenen zugute kommen, die sich politisch und gesellschaftlich exponierten und manchmal mit bloßen Händen die Steine aus den Mauern kratzten, oder jenen, die sich im Schatten der Mauer ausruhten und die Erschütterung durch Einflüsse internationaler Kräfte abwarteten, um dann den Schauplatz zu betreten?

All diese gegensätzlichen Interessen führten dazu, daß die Differenzen zwischen den Reformkommunisten, die den Abbau der Diktatur eingeleitet, den Reformsozialisten, die die Humanisierung des Lager-Sozialismus beschleunigt, den Pragmatikern, die das Programm „weg mit dem Staat von der Partei“ angekündigt hatten und zeitgenössischen Dogmatikern bzw. den einstigen linken Kritikern des Kádár-Systems verwischt wurden. Es besteht die Gefahr, daß sich nun die in den achtziger Jahren noch einander gegenüberstehenden führenden Schichten der Intellektuellen und Politiker zusammenschließen. Es kommt damit zur Konfrontation mit dem Neuen, wobei es leicht vergessen wird, daß trotz aller Schwierigkeiten dieses neue System wiederum als System an sich bedeutend lebensfähiger und für die gesamte Gesellschaft von größerem Nutzen ist als das alte. Das aufgrund der internationalen Verhältnisse gezwungenermaßen doppelgesichtige Kádár-Regime wird als System von vielen idealisiert.

Angesichts dieser Entwicklung stellt sich die Frage, ob in den kommenden Jahren die Kontinuität in der Umgestaltung von Ungarns politischem und wirtschaftlichem System doch noch zur Geltung kommen wird, und ob die ungarische Gesellschaft die Bedeutung dieser Kontinuität doch noch erkennen kann. Oder wird die politische Demagogie die politische Bühne noch stärker beherrschen?

VIERTER THEMENKREIS: NEUE POLITISCHE PARTEIEN NACH DEM MACHTWECHSEL UND IHRE AUSWIRKUNG AUF DIE ZEITWEISE STABILISIERUNG

Das sich 1990 herausbildende Parteiensystem entsprach der internationalen Lage und der allgemeinen Stimmung im Lande. Es verkörperte die einzige Lösung, die in Ungarn die politischen Emotionen im Zaum zu halten vermochte.

Bei den Wahlen im März und April 1990 kandidierten neben der um Anpassung bemühten USAP die sich von ihr abspaltende Ungarische Sozialistische Partei (USP) und verschiedene neue, 1988/89 gegründete Parteien. Im Vorfeld des Urnengangs hatten sich mehr als 50 neue Gruppierungen zu Wort gemeldet, die alle zu gleichen Bedingungen kandidierten. Von diesen wurden zwölf Parteien dann offiziell zu den Wahlen zugelassen, und sechs gelangten letztlich ins Parlament.

Als stärkste Partei ging das *Ungarische Demokratische Forum (MDF)* aus den Wahlen hervor und bildete die Regierung in Koalition mit den *Christdemokraten (KDNP)* und *Kleinlandwirten (FKgP)*. In den Reihen der Opposition waren die *Freien Demokraten (SZDSZ)*, die bei weitem größte Oppositionspartei, der *Verband Junger Demokraten (FIDESZ)* und die *Sozialistische Partei* anzutreffen.

Unter den neuen parlamentarischen Parteien sind die der Christdemokraten und der Kleinlandwirte sogenannte *historische Parteien*, die bereits im politischen System vor 1945 aktiv waren. Bei den ersten demokratischen Wahlen zwischen 1945 und 1948 hatte die Partei der Kleinlandwirte die breiten Massen vertreten.

Die beiden heute bedeutendsten Parteien (MDF und SZDSZ) gingen aus der Oppositionsbewegung während der Einparteienherrschaft hervor. Sie schöpfen aus dem Ideengut der zur Zeit der Sowjetdiktatur unterdrückten gesellschaftlich-historischen Traditionen und stützen sich auf die vom Sowjetsystem beiseite gedrängten gesellschaftlichen Kräfte.

Das Ungarische Demokratische Forum hatte sich besonders durch die Betonung des nationalen Volkscharakters profiliert und die unrechtmäßige Verdrängung des traditionellen ungarischen Mittelstandes beklagt. Auf eben diesen Stand kann sich die Partei nun stützen.

Die Freien Demokraten machten das zu Unrecht verdrängte Erbe liberaler, bürgerlicher Traditionen zu ihrem Motto.

Die Gründer des MDF kamen aus Kreisen des sogenannten Volksflügels der Reformsozialisten und aus den volkstümlichen Oppositionskreisen der Intelligenz (1987/88). Ein Großteil von ihnen hatte auch 1989 noch die Umgestaltung ihrer Bewegung in eine politische Partei abgelehnt. Die Führungspersönlichkeiten der Freien Demokraten rekrutieren sich demgegenüber aus den jungen Organisatoren politischer Demonstrationen gegen das Sowjetsystem in den achtziger Jahren und aus dem Lager der ersten Reformkommunisten in den fünfziger Jahren, die nach 1956 Gefängnisstrafen abzusitzen hatten. Der radikale Antikommunismus und die Sowjetfeindlichkeit, die sie aufgrund ihrer früheren Dissidentenrolle glaubwürdig vertreten können, gleichzeitig die radikale Einführung des westeuropäischen politischen Modells sind die wichtigste Grundlage ihres erfolgreichen Auftretens. Nach der Einführung des Mehrparteiensystems von oben gründete man sofort eine Partei, behielt aber die Bezeichnung „Verband“ bei, um sich — übrigens wie das Ungarische Demokratische Forum — von dem Begriff „Partei“ fernzuhalten.

Nach der Machtübernahme setzten bei beiden Parteien interne Umgruppierungen ein. Es wurde ersichtlich, daß die verschiedensten Kräfte im Rahmen der Parteien hauptsächlich von der Opposition gegen das alte System zusammengehalten wurden. Einen entsprechend großen Raum in der Rhetorik beider Parteien nehmen deshalb auch Schlagworte und Propaganda im Sinne

postumer Kritik am alten System ein, wie auch in den anderen ehemaligen sozialistischen Ländern.

Einen spezifischen „Farbklecks“ in der ungarischen Parteienlandschaft bilden in gewisser Weise die „Jungen Demokraten“. Sie traten zunächst als Generationspartei auf und möchten neue liberale Ideen verwirklichen. Im Falle politischer Konflikte treten die „Jungen Demokraten“ im allgemeinen gemeinsam mit den „Freien Demokraten“ auf. In den letzten Jahren gewannen sie deshalb eine breite Popularität, weil die Bevölkerung weder den Regierungsparteien noch der liberalen Opposition Vertrauen entgegenbringt. Im Frühling 1993 kokettierten die Jungdemokraten auch mit den Regierungskräften.

Fraglich bleibt, ob diese Palette des Jahres 1990 den augenblicklichen Entwicklungen 1992/93 im Lande entspricht. Immer deutlicher tritt in der öffentlichen Meinung zutage, daß es mit der Kritik am alten System nicht mehr getan ist. Im Zusammenhang mit konkreten Problemen, insbesondere in der Wirtschaft und im gesellschaftlichen Leben, erweist sich, daß zwischen Altem und Neuem doch mehr Kontinuität existiert, als die neue politische Führungsschicht erwartet hatte.

FÜNFTER THEMENKREIS: VON DER PLANWIRTSCHAFT ZUR MARKTWIRTSCHAFT

Ungarn begann als einziges Land in der früheren sowjetischen Einflußsphäre schon sehr früh damit, seine Planwirtschaft zu modifizieren. Zwischen 1970 und 1980 wurden zahlreiche Reformen in Richtung einer Marktwirtschaft durchgeführt, und im Zeitraum 1988 bis 1990 wurden dann zunehmend auch die institutionellen Bedingungen geschaffen. Zwischen heutiger Regierung und Opposition besteht ein Grundkonsens über einen beschleunigten Übergang zum Markt. Trotzdem mußte 1993 jedermann zur Kenntnis nehmen, daß der Strukturwandel ein langjähriger Prozeß ist. Vor dem politischen Machtwechsel sprachen die Pragmatiker von einem zehnjährigen Programm.

Die marktwirtschaftlichen Reformen des späten Kádár-Regimes führten zwar einige Marktmechanismen in die Planwirtschaft ein, konnten jedoch die Grundprinzipien der zentral gelenkten Wirtschaft wegen der relativen Einheit der Sowjetzone nicht beseitigen. Dazu gehörten gewisse Präferenzen für die Schwer- und chemische Industrie, die Isolierung vom Weltmarkt, die Beibehaltung des Doppelmarktes mit Rubelabrechnung, die staatliche Finanzierung und ein zentralisiertes System der Vortäuschung von Gewinnen und die oft sinnlose Trennung von Verbraucher- und Erzeugerpreis.

Zum Beispiel entschloß sich Ungarn — im Vergleich zu Polen oder der Tschechoslowakei — schon unter der den Übergang abwickelnden Németh-Regierung nicht für eine Schocktherapie, sondern eine schrittweise Vorgangsweise. Dabei sollte das Prinzip der sozialen Sicherheit nicht aus den Augen ver-

loren werden. Auf der gegenwärtigen Regierung lastet eine riesige Bürde: Die Zerstörung alter Strukturen betrifft Millionen von Arbeitnehmern, die zugleich politisch gesehen auch Wähler sind. Zweifelsohne gibt es — sagen Wirtschaftsexperten — auch Nachteile der Mehrparteiendemokratie.

Im großen und ganzen ergeben sich beim ökonomischen Strukturwandel in Ungarn ähnliche Probleme wie in den benachbarten ehemaligen sozialistischen Ländern: eine wachsende Arbeitslosigkeit, die von 3 bis 4 % 1991 bis zum Jahresende 1992 auf 10 % anstieg, eine hohe Inflationsrate, die 1991 bei 30 bis 35 % lag, 1992 aber auf 20 bis 25 % zurückging, ein starker Rückgang der Industrieproduktion, der sich 1991 mit 19 % jedoch im Vergleich zu anderen osteuropäischen Ländern noch am geringsten ausnahm. Auch in anderen Bereichen steht Ungarn trotz der Schwierigkeiten im osteuropäischen Vergleich noch relativ gut da. Dies gilt besonders für den Außenhandel, bei dem Ungarn im ersten Halbjahr 1992 einen unerwarteten Überschuß verzeichnete (der Handelsbilanzüberschuß für 1992 könnte sich nach Schätzungen auf etwa 800 Mio. Schilling belaufen), und für die ausländischen Direktinvestitionen, die die Ungarische Nationalbank zum Jahresende 1991 mit 2,1 Mrd. Dollar bezifferte, womit Ungarn doch einer der beliebtesten Anlegeorte in Osteuropa bleibt.

Angesichts dieses uneinheitlichen Bildes der ungarischen Wirtschaftssituation muß trotzdem die Frage gestellt werden, ob die mit dem Strukturwandel einhergehenden Schwierigkeiten nicht doch zum Teil auf politischen Faktoren beruhen. Einige dieser Entscheidungen, die zu überdenken wären, sind zum Beispiel die aus politischen Gründen oft übereilt vorgenommenen Personalwechsel („Wachablösen“) oder auch der oft erzwungene Übergang zu Kleinwirtschaften im Agrarsektor.

SECHSTER THEMENKREIS:

GESELLSCHAFTLICHE AUSWIRKUNGEN DER WIRTSCHAFTLICHEN SCHWIERIGKEITEN

Bis 1992 schien es so, als ob viele der übergangsbedingten sozialen Schwierigkeiten — durch einen emotionsgeladenen politischen Diskurs — in den Hintergrund gedrängt werden könnten. Diese hitzige politische Debatte wurde durch die Tatsache gefördert, daß die Führung der neuen politischen Parteien überwiegend aus der humanistischen Intelligenz stammt und bisher wenig Führungspraxis hatte. Eine Garde von Spezialisten, wie sie demokratischen Parteien westlichen Typs zur Verfügung steht, existiert in den ungarischen Parteien noch nicht. Die alten Fachkräfte, die bis 1990 führende Positionen innehatten, werden als Kommunisten beschimpft. Damit schadet sich die neue politische Elite langfristig aber wahrscheinlich selbst.

In der Parteipolitik beherrschten in den letzten zwei Jahren interne Debatten und Streitigkeiten das Bild. Fraktions- und Koalitionsstreitigkeiten, persönliche

Affären und Enthüllungen überschwemmen die Massenmedien, wenn auch nicht im selben Maße wie in anderen Ländern Osteuropas. Die Schwierigkeiten der Regierungskoalition werden dadurch erhöht, daß die Ideale der Zeit vor 1948 — welchen zu folgen sie vorschlagen — schon nicht mehr über jene Kraft verfügen wie in den ersten zwei Jahren bzw. 1989/91. Die Gesellschaft reagiert auf Rückschläge zunächst mit Passivität, inzwischen mit zunehmender oppositioneller Aktivität. Die Unzufriedenheit findet zum Beispiel einen Niederschlag in der auffälligen Niederlage der Regierungskoalition bei zwei Nachwahlen, zu denen die Regierungsparteien bis jetzt noch nicht Stellung bezogen.

Die Veränderungen in der Einkommensverteilung schreiten in Ungarn schneller voran als in anderen ehemaligen sozialistischen Ländern; Armut auf der einen und Reichtum auf der anderen Seite wachsen rasch. Zwar gibt es keine ernstesten Versorgungsschwierigkeiten, in erster Linie dank der Reserven der Landwirtschaft. Aber viele Erwartungen bezüglich eines sich rasch an Westniveau anpassenden Lebensstandards werden enttäuscht. Es zeigt sich, daß sich der erhoffte Wohlstand nicht automatisch mit der Einführung westeuropäischer demokratischer Institutionen einstellt. Parlamentarismus, Mehrparteiensystem und die Wiederbelebung christlicher und nationaler Ideen konnten nicht eine gravierende Verschlechterung der sozialen Lage verhindern. Bei der politischen Elite wachsen die Befürchtungen, daß die Bevölkerung vor diesem Hintergrund die Demokratie an sich für die Schwierigkeiten verantwortlich machen könnte.

Es ergibt sich folgende Frage: Wird es der Regierungskoalition gelingen, ihre Reihen neu zu formieren, ihre politische Strategie, die 1990 und 1992 noch zweckmäßig war, den neuen Bedingungen anzupassen und der Gesellschaft eine befriedigende und annehmbare Erklärung für die sozialen Schwierigkeiten und eine Perspektive für die Entwicklung der nächsten Jahre zu geben?

SIEBENTER THEMENKREIS: HILFE AUS DEM WESTEN

Auch die großen Erwartungen der ungarischen Gesellschaft an die Hilfsbereitschaft und Hilfskapazitäten des Westens schlugen im letzten Jahr in Enttäuschung um. Die Verkündung des Programms „Zurück nach Europa“ fand 1989 ungeteilte Sympathie; denn man glaubte, daß Ungarn nach der 1949 erzwungenen Isolierung zu den „tausendjährigen westlichen Traditionen“ zurückkehren würde. Nach der Zerschlagung der sowjetischen Institutionen stellte sich jedoch heraus, daß die Anpassung an westliche Standards in der Organisation der Arbeit und in der Arbeitsmoral ein schwieriges Unterfangen werden wird. Die Menschen wünschen sich, auch weiterhin so zu arbeiten, wie sie es „im Osten“ gewöhnt waren, aber dabei so zu leben, wie sie es „im Westen“ nun zu sehen bekommen.

Auch vom bisherigen Ausmaß des Kapitalzuflusses aus dem Westen ist man — trotz des vor allem im osteuropäischen Vergleich beachtlichen Umfangs — enttäuscht. In den Jahren 1989 und 1990 stand Ungarn im Mittelpunkt des europäischen öffentlichen Interesses. Viele westliche Unternehmer betrachteten das Land als ideales Sprungbrett für eine spätere Expansion in den Osten, als Vorposten sozusagen. Dieses Interesse klang inzwischen leicht ab. Bemerkbar macht sich vor allem das verminderte deutsche Engagement, da das westdeutsche Kapital nun mit dem Aufbau der neuen Bundesländer beschäftigt ist. In der Geopolitik trat eine Devaluation der Bedeutung der Region aufgrund des Zerfalls der Sowjetunion ein. Diese Abwertung traf Ungarn — das zuvor im Mittelpunkt des ökonomischen Interesses stehende Reformland — hart. All das erschwert objektiv die Wirtschaftspolitik und Reformbestrebungen der Privatsphäre. Wie in allen anderen Reformländern wird das Engagement westlichen Kapitals in Ungarn auch von innenpolitischen Unsicherheiten retardiert.

Andererseits bringt das Eindringen der westlichen Firmen nach Ungarn eine selbstverständliche Rationalisierung der Produktion mit Entlassungen mit sich, und die Interessen der hiesigen örtlichen Filialen werden den eigenen internationalen Bedürfnissen der Unternehmer untergeordnet. So sieht die ungarische Gesellschaft vor allem, daß die heimischen Firmen nicht modernisiert werden, sondern sich in einigen Industriezweigen (z. B. Kühlschranksindustrie, Textilindustrie usw.) rückentwickeln und daß statt dessen die westlichen Unternehmer eigene, anderswo hergestellte Waren auf den Markt bringen, natürlich zu einem wesentlich höheren Preis.

Eine riesige Enttäuschung ruft im Hinblick auf den ersehnten Anschluß an Europa die Hilflosigkeit der europäischen Mächte bei der Lösung der Minderheitenprobleme der Region hervor. Mehr als ein Viertel der Ungarn lebt als Minderheit in den osteuropäischen Nachbarländern. Bisher wurde ihre unterprivilegierte Stellung dort oft mit der allgemein mangelhaften Nationalitätenpolitik des Sowjetsystems in Verbindung gebracht. Nach der Einführung der westlichen Demokratie in der Region stellte sich aber heraus, daß die Ungarnfeindlichkeit bei den Nachbarn nicht ab-, sondern eher noch zunimmt. Außerdem ist Westeuropa anscheinend nicht bereit, sich in dieser Angelegenheit zumindest vermittelnd einzuschalten und wenigstens soviel Engagement zu zeigen, wie die Sowjetunion von 1945 bis 1989.

Könnte es am Ende sein — lautet die Frage —, daß angesichts der um sich greifenden Enttäuschung der ungarischen Bevölkerung über das zögerliche Engagement Westeuropas auch die westeuropäischen politischen Normen diskreditiert werden?

ACHTER THEMENKREIS: ÜBER DIE NOSTALGIE NACH DEM ALTEN SYSTEM

In Ungarn ist, vor allem in der Arbeiter- und Bauernschicht und bei den einfachen Angestellten, eine dezente Nostalgie nach der sozialen Sicherheit des Kádár-Regimes zu beobachten. Die neuen Kräfte verneinen jegliche Kontinuität mit dem Kádár-Regime und verweisen nur bei Erklärungen für die augenblicklichen Schwierigkeiten auf die Geschichte der vergangenen 35 Jahre. Die Mehrheit der Bevölkerung und natürlich auch jene, die aufgrund der „Besonderheiten“ (Möglichkeiten für Privatunternehmen, Marktprinzipien in der Landwirtschaft usw.) des Kádár-Regimes in dieser Zeit sehr gut lebten, nahmen diesen verneinenden Standpunkt als bequeme Lösung dankbar an.

Mit der Zunahme der wirtschaftspolitischen Schwierigkeiten findet aber eine gewisse Rückbesinnung und Umbewertung statt: zum Beispiel dringt auf einmal die Tatsache ins Bewußtsein, daß Arbeitslosigkeit bisher ein völlig unbekanntes Phänomen war. Die Wähler fühlen sich zum Teil hintergangen; sie gaben ihre Stimme für „die reichen Schaufenster der Marktwirtschaft“, für den konvertiblen Forint und damit für die Kaufkraft der eigenen Währung auf dem westlichen Markt, für die Abschaffung des wirtschaftlichen Paternalismus, aber nicht für die Massenarmut. Sie sehen, daß die Zahl der guten westlichen Autos — auch der Luxusklasse — zwar stark zunimmt, daß sie selber aber zur gleichen Zeit Zehntausende für den Erhalt des Existenzminimums aufwenden und sogar ihren „Trabant“ verkaufen müssen.

Die Regierung ist nicht vorbereitet, auf Veränderungen in der gewerkschaftlichen Interessenvertretung der Arbeitnehmer einzugehen. Auch für die Erfordernisse der Ausbildung und Umschulung der Arbeitnehmer hat sie kein Konzept. Eine sinnvolle Balance des Arbeitsmarktes wird teils schon durch die schwierige Situation auf dem Wohnungsmarkt unmöglich gemacht. Hohe Inflation und Zinsen (1991: 35 %) treffen die Angestellten besonders hart. Steuererhöhungen sollen das Budget ins Gleichgewicht rücken helfen, ändern aber nichts an der jahrhundertealten Tradition der Steuerhinterziehung in Ungarn, die während des Kádár-Regimes richtiggehend zum Nationalsport avancierte. Ein riesiger Teil der privaten Einkommen, schätzungsweise 35 bis 40 %, entgeht dem Finanzamt. Gleichzeitig ersticken die Angestellten und Kleinunternehmer unter der Steuerlast und unter den weltweit fast höchsten Sozialversicherungsabgaben von über 46 %.

Vor diesem Hintergrund konnte die Nostalgie nach der soliden und sicheren Existenz unter dem Kádár-Regime erwachen, nach der beinahe kostenlosen ärztlichen Versorgung, nach der kleinen staatlichen oder genossenschaftlichen Wohnung, dem — zwar steinzeitlichen — Trabant, nach dem für jedermann erschwinglichen Erholungsurlaub im Betriebserholungsheim, der relativ guten Lebensmittelversorgung und dem Baukredit mit nur 3 % Zinsen. Es ver-

wundert daher auch nicht, daß aus den Zwischenwahlen im Jahre 1992 die Sozialistische Partei (MSZP) auffallend gestärkt hervorging. Diese Partei wird von der Bevölkerung hauptsächlich als Nachfolgepartei der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP) angesehen und nicht so sehr als Verfechterin sozialer Interessen. Auch der Einfluß der Gewerkschaften nahm zu, nicht selten gerade mit den alten Funktionären — den alten Gewerkschaftsbossen — aus den achtziger Jahren.

Für einen Teil der Gesellschaft sehen die politischen Alternativen tatsächlich folgendermaßen aus: entweder das neue, 1990 eingeführte Mehrparteiensystem bzw. seine führende Kraft, die christlich-nationale Politik, oder das alte System, wie es vor 1989 existierte. Da diese Alternative nun doch wieder in der öffentlichen Debatte auftaucht, melden sich zunehmend sogar jene Kräfte zu Wort bzw. fassen Mut, die Dogmatiker, die damals, 1989, dem Systemwechsel nicht folgen wollten oder konnten. Und im letzten Halbjahr entsteht ein Rechtsextremismus, der noch kein eigenes markantes Gesicht hat, aber immer stärker wird, sowohl das alte System als auch die neue Demokratie ablehnend.

Dazu einige Fragen:

1. Als grundsätzliches Problem werden sich die Schwierigkeiten in Wirtschaft und Gesellschaft — ökonomischer Strukturwechsel, Inflation, Arbeitslosigkeit — sowie deren unlösbare Aufgaben im Jahre 1993/94 bzw. jene Maßnahmen herausstellen, mit welcher Regierungspolitik diese Schwierigkeiten gemeistert werden können. Sind soziale und wirtschaftliche Schwierigkeiten sowie Enttäuschungen über die neue Politik allein mit der Erwähnung der „Vergehen der Vergangenheit“ abzutun und können sie damit vergessen gemacht werden? Und wird all das mit einer erneuten Woge wiederholter historischer Umbewertungen einhergehen? (In bezug auf 1956: die Schuld János Kádárs, die Fehler der alten Partei usw.)

2. Die zweite Möglichkeit wäre, daß die Regierungsparteien im Rahmen einer großen Koalition mit der liberalen Opposition vereint der leninistisch-kádárschen Tradition gemäß einen Kampf an zwei Fronten austragen: einen der sozialistischen Opposition (den Linken), und einen den Rechten gegenüber. Oder es bleibt die dritte Möglichkeit: Eine Mitte-Rechts-Regierung erklärt sich solidarisch mit den Ultrarechten, die zunächst innerhalb der Regierungskoalition die Regierungspolitik kritisieren und damit Liberale und Sozialisten in ein Bündnis mit ihnen zwängen.

3. Inwiefern ist das neue politische System in der Lage, entweder in der Regierungskoalition oder auch in der Opposition all jene „positiven“ Kräfte zu integrieren, die am Systemwechsel beteiligt waren wie einstige Oppositionelle, Reformsozialisten, Pragmatiker, von denen letztere gegenwärtig abseits der Politik stehen?

4. Ist denn überhaupt ein wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Wandel ohne eine aktive Sozialpolitik oder gar eine gute sozialistische Partei politisch zu meistern oder wird auch die ungarische Politik gezwungen sein, das Risiko einer sich in der Region bereits als ergebnislos erweisenden Schocktherapie auf sich zu nehmen?

Aus den hier dargelegten Überlegungen kommen Historiker und Politiker selbstverständlich zu verschiedenen Schlußfolgerungen. Man kann sagen, daß ein politischer Systemwechsel immer schneller vonstatten geht, als jener in der Wirtschaft bzw. in der gesellschaftlichen Hierarchie. Wir können zu jener Schlußfolgerung kommen, daß der politische Pluralismus an sich nicht identisch ist mit der Demokratie. Die Demokratie erfordert einen Wandel auch in den Köpfen, bei den Menschen einen hinsichtlich Mentalität und Arbeitsmoral.

Wir können weiterhin die Schlußfolgerung ziehen, daß mit dem Wiederaufleben im Sowjetsystem unterdrückter Ideale wie Nationalitätenfrage, Glaubensfreiheit, Meinungsfreiheit die Aufmerksamkeit der Gesellschaft von den ökonomisch-gesellschaftlichen Schwierigkeiten abgelenkt wird. Fraglich ist jedoch, wie lange wohl die Begeisterung die Schmerzen einer notwendigen Operation lindert. Inwiefern kann überhaupt der Übergang zum Pluralismus in erster Linie als politisches Problem, als eines des parteipolitischen Systems angesehen werden? War es nicht ein Fehler, als wir 1989 glaubten: Mehrparteiensystem, Pluralismus plus Marktwirtschaft — das ist sofort identisch mit der neuen Gesellschaft?

All das sind Schlußfolgerungen und Fragen seitens der Gesellschaftswissenschaftler. Die Fakten aber mahnen uns, nie außer acht zu lassen, daß wir Intellektuellen im Prozeß des Wandels besonders auf die „Ivan Ivanoviče“ zu achten haben, damit die Stabilität der jungen Demokratie nicht ins Wanken gerät, der anfällige und empfindliche gesellschaftliche Konsens nicht gefährdet wird. Und damit die Menschen sich nicht anstelle des Fabrizierens von Witzen — über Ivan Ivanovič — mit einem Angriff gegen die Demokratie befassen.

VERZEICHNIS DER MITARBEITER

- BENDA, KÁLMÁN †, Dr., Univ.-Prof., Institut für Geschichte der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, Budapest.
- BRANDT, HARM-HINRICH, Dr., Univ.-Prof., Institut für Geschichte der Universität Würzburg.
- ČIERNÁ-LANTAYOVÁ, DAGMAR, Dr., Institut für Geschichte der Slowakischen Akademie der Wissenschaften, Bratislava.
- FISCHER, HOLGER, Dr., Zentrum für Hungarologie im Finnisch-Ugrischen Seminar, Universität Hamburg.
- FÓNAGY, ZOLTÁN, Dr., Eötvös-Loránd-Universität, Budapest.
- GAÁL, KÁROLY, Dr., emer. Univ.-Prof., Universität Wien.
- GLATZ, FERENC, Dr., Univ.-Prof., Direktor des Instituts für Geschichte der Ungarischen Akademie der Wissenschaften und des Europa Instituts Budapest.
- GOTTAS, FRIEDRICH, Dr., Univ.-Prof., Institut für Geschichte der Universität Salzburg.
- HAJDU, TIBOR, Dr., Institut für Geschichte der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, Budapest.
- HANÁK, PÉTER, Dr., Univ.-Prof., Abteilungsleiter an der Universität für Mitteleuropa, Budapest.
- HÄUSLER, WOLFGANG, Dr., Univ.-Prof., Institut für österreichische Geschichtsforschung an der Universität Wien.
- HROCH, MIROSLAV, Dr., Univ.-Prof., Institut für Weltgeschichte an der Karls-Universität, Prag.
- LITVÁN, GYÖRGY, Dr., Direktor, Institut für die Geschichte der ungarischen Revolution von 1956, Budapest.
- MACK, KARLHEINZ, Dr., Österreichisches Ost- und Südosteuropa-Institut, Wien.
- MANNOVÁ, ELENA, Dr., Institut für Geschichte der Slowakischen Akademie der Wissenschaften, Bratislava.
- ROKSANDIĆ, DRAGO, Dr., Univ.-Prof., Institut für Geschichte an der Philosophischen Fakultät, Zagreb.
- SPIRA, GYÖRGY, Dr., Institut für Geschichte der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, Budapest.
- STIER, MIKLÓS, Dr., Botschaftsrat, Botschaft der Republik Ungarn, Wien.
- VODOPIVEC, PETER, Dr., Univ.-Prof., Philosophische Fakultät der Universität Laibach.